

Vom Eigentum zur Nutzung

Eigentum ist höchst ungleich verteilt. Während die einen über unermessliche Vermögen verfügen, haben andere nichts. Ein Zustand, den es zu überwinden gilt, weil er politisch und gesellschaftlich unhaltbar ist.

Kürzlich hatte ich als Präsident der NWO-Stiftung Belcampo einen Termin auf einem Zürcher Notariat. Mit dabei waren die Sekretärin unserer Stiftung, ein Notariatsangestellter sowie ein 68-jähriger Zürcher Oberländer. Es ging darum, einen Baurechts- und einen Kaufvertrag zu unterschreiben. Der pensionierte Mann, ein langjähriger Sympathisant bodenreformerischer Ideen, hat unserer Stiftung das 300 Quadratmeter kleine Grundstück seines Elternhauses zu einem symbolischen Preis verkauft. Dies mit der Auflage, mit dem Boden künftig nicht zu spekulieren. Die Stiftung darf das Grundstück also nicht mehr verkaufen, sondern zu einer moderaten Nutzungsgebühr den Bewohnern des alten Hauses langfristig zur Verfügung stellen. Der Verkäufer hat sich die lebenslange unentgeltliche Nutzniessung des Bodens ausbedungen, nach seinem Tod geht die Nutzungsgebühr dann an unsere Stiftung. Das ist in den Verträgen so festgehalten. Der Mann hat sich mit seinem Schritt von der Vorstellung gelöst, als Hauseigentümer müsse er auch Eigentümer des Bodens sein, auf dem er lebt. Er bescheidet sich künftig mit der Nutzung. Das rechtliche Eigentum und den wirtschaftlichen Vorteil überlässt er künftig der Stiftung, welche diese Stellung quasi stellvertretend für die Allgemeinheit einnimmt.

Zweites Erlebnis. Aus einer anderen Gemeinde erreichte uns nur Tage später eine E-Mail. Ein uns unbekannter Mann schrieb, er möchte ein Doppelfamilienhaus bauen: »Da ich weiss, dass der Boden nicht Privateigentum sein sollte, frage ich Sie an: Haben Sie Interesse, ein Grundstück von 700 m² oder evtl. nur 350 m² zu kaufen, das ich dann im Baurecht bebaue?«

Ähnliches wie in diesen beiden Beispielen ist unserer Stiftung in den letzten 25 Jahren schon ein paarmal passiert: Menschen erkennen, dass ihnen das langfristige Nutzen



Anders als in der Schweiz, ist im deutschen Grundgesetz von einer sozialen Verpflichtung des Eigentums die Rede. Wenn das ernst gemeint ist, müsste sich manches ändern.

des Bodens genügt und das Eigentum daran eigentlich nicht zusteht. Und sie entprivatisieren ihren Boden gewissermassen. Sie handeln damit doppelt bemerkenswert: Sie widersetzen sich dem politischen Trend der letzten Jahrzehnte nach Privatisierung von allem und jedem. Und sie stellen – wenn auch nur in ihrem privaten, kleinen Rahmen – die herrschende Eigentumsordnung infrage.

Tabuthema Eigentum

Dabei ist eben diese Eigentumsordnung das grosse Tabuthema in der Politik. »Das Eigentum ist gewährleistet«, heisst es seit 1968 im ersten Satz von Art. 26 in der schweizerischen Bundesverfassung. Und weiter: »Enteignungen und Eigentumsbeschränkungen, die einer Enteignung gleichkommen, werden voll entschädigt.«

Die Folgen dieses simplen Eigentumsartikels ohne Sozialverpflichtung kennen wir. Sie hat zu einer gewaltigen Verschiebung in Monopoly-Art geführt. Eine kleine, oligarchisch organisierte Schicht von Superreichen häuft Reichtümer an, die sich dann – welche gute Einrichtung des Zinseszinsystems – von selbst vermehren. Und auf der anderen Seite der Skala stehen die Leute ohne Vermö-

gen, die Niedriglohnpfänger oder die Arbeitslosen. Sie werden – obwohl in den allermeisten Fällen Opfer des Systems – als Sozialschmarotzer denunziert und nach Kräften schikaniert.

Dasselbe Phänomen wie beim Eigentum zeigt sich bei den Einkommen. Früher verdiente der Chef eines Unternehmens vielleicht das Drei-, Vier- oder Fünffache seines Buezers. Heute aber sind Verhältnisse von 1:10 normal und von 1:100 nicht unmöglich. Jüngst fand sich in einem Schweizer Wochenmagazin das Bei-

spiel eines Hedgefondsmanagers, der einen Jahreslohn von 2,2 Milliarden Franken bezog – ungefähr das Hundertfache des letzten Salärs von Daniel Vasella bei Novartis.

Aber solche Zahlen seien, liest man in unseren Zeitungen landauf, landab, überhaupt nicht schlimm. Das seien vielmehr Verhältnisse, welche der »Markt« regeln müsse und bestens regle, allenfalls könnten auch die Sozialpartner dazu Vereinbarungen treffen, doch niemals der »Staat«. Doch wer ist eigentlich dieser böse Staat? Er besteht in der direkten Demokratie nach Schweizer Art aus den Bürgerinnen und Bürgern, die in wichtigen Dingen das letzte Wort haben sollten. Dem stimmen zwar auch die Prediger des ungezügelter Marktes grundsätzlich zu. Sie nehmen die wirtschaftlichen Dinge aber davon aus. Dabei dominieren Wirtschaft und Wirtschaftlichkeit unsere politische Agenda je länger desto stärker. Aber offenbar ist die Wirtschaft zu wichtig für ein paar zentrale demokratische Leitplanken.

Demokratie braucht Gerechtigkeit

Erstens ist es absolut nicht einsichtig, dass sich in einer demokratisch verfassten Gesellschaft ein wichtiger Lebensbereich dieser demokratischen Kontrolle fast gänzlich entzieht.

»Diese Menschen stellen – wenn auch nur in ihrem privaten, kleinen Rahmen – die herrschende Eigentumsordnung infrage.«

ob sie zur Lohnspanne in einem Betrieb konsultiert worden wären. Warum aber sollten wir das Ende des schrankenlosen Eigentums und unermesslicher Lohnunterschiede einläuten? Ich sehe zwei Hauptgründe.

Die Abstimmungsdemokratie, eine Genossenschaft, die Vereine – sie alle funktionieren nach dem System »ein Mensch, eine Stimme«. Jedes Mitglied bringt sich – ungeachtet seines Standes – gleichberechtigt ein und bestimmt so den Kurs mit. Nicht so in der Wirtschaft: Zwar wird da oft die Aktionärsdemokratie beschworen. Doch kann da von Demokratie keine Rede sein: Pro Aktie eine Stimme, heisst dort das oligarchische Prinzip. Die Herrschaft von wenigen vorwiegend zum eigenen Vorteil ist das alles beherrschende System. Ein Betrieb mit Tausenden von Mitarbeitern kann heute ei-

nem Einzelnen gehören, ihr Wohl und Wehe von einem mächtigen Boss geleitet und von dessen Launen abhängig sein. Zusammen mit der eingangs geschilderten ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung ergibt das ein faktisches Machtgefälle, welches die Demokratie untergräbt. Wenn die einen über so viel mehr Geld und Macht verfügen als die anderen, ist die Gefahr gross, dass die Kleinen überrollt, vereinnahmt oder gekauft werden. Die Demokratie ist in höchster Gefahr. Eine Gesellschaft, die Gerechtigkeit für sich in Anspruch nimmt, braucht Grundregeln auch für die Verteilung wirtschaftlicher Güter. Solche Regeln haben nichts mit Neidkultur zu tun. Auch wenn sie bei den aktuellen Schweizer Abstimmungen (Abzocker-, 1:12-, Mindestlohn-Initiative) ständig ins Feld geführt wurde und wird. Man kann im Detail gegen jedes dieser Begehren Einwände anführen. Aber ein grosses Verdienst haben sie gemeinsam. Sie packen das Übel an zentraler Stelle an, bei der Erstverteilung der wirtschaftlichen Güter. Es geht bei allen dreien für einmal nicht darum, eine (nachträgliche) Umverteilungsmaschinerie zur Reparatur wirtschaftlicher Schäden im Sozialgefüge in Gang zu setzen. Wenn wir mit einer demokratisch verfassten Wirtschaftsordnung dafür sorgen, dass die Güter (national und weltweit) einigermaßen gerecht verteilt werden, fallen auch ganze Bereiche staatlichen Wirkens dahin. Nicht die Menge der gemeinschaftlichen Regeln ist wichtig und entscheidend, sondern deren Qualität. Wenige zentrale Fragen müs-



Privatisierung stoppen! – Die Hamburger haben sich beim kommunalen Volksentscheid am 22. September erfolgreich für die vollständige Rekommunalisierung der Energienetze ausgesprochen.

»Es gibt Menschen, die widersetzen sich dem politischen Trend der letzten Jahrzehnte nach Privatisierung von allem und jedem.«

»Ein Mensch, eine Stimme. – Nicht so in der Wirtschaft. Zwar wird da oft die Aktionärsdemokratie beschworen. Doch kann da von Demokratie keine Rede sein: Pro Aktie eine Stimme, heisst dort das oligarchische Prinzip.«

sen geregelt werden, dann erübrigen sich tausend staatliche Detailinterventionen. Echte Demokratie hat wirtschaftliche Gerechtigkeit zur Voraussetzung.

Wirtschaften mit endlichen Ressourcen

Der zweite Punkt der Forderung nach einer neuen Eigentumsordnung: Schrankenloses

nutzung der Ressourcen sind starke Beweise dafür. Die periodischen Konjunkturerbrüche als Folge des kollabierenden Finanzsystems sind es ebenso.

Eigentlich braucht es keiner besonderen mathematischen Begabung, um einzusehen, dass ein System des Immer-schneller-immer-mehr langfristig in die Sackgasse führt. Und doch wissen Politiker auf dem ganzen Plane-



Der bundesweite Volksentscheid muss in Deutschland erst kommen. In der Schweiz können Bürger bereits über so Grundsätzliches wie Managergehälter, Lohnschere, Mindestlohn oder Erbschaftssteuer abstimmen.

Eigentum geht von der Prämisse schrankenlosen Wirtschaftens aus. Der Kapitalismus gründet auf der exponentiellen Kurve. Das System funktioniert nur bei konstanten oder steigenden Wachstumsraten. Konstante Wachstumsraten bedeuten aber nicht lineare, sondern exponentielle Kurven. Und exponentielle Wachstumskurven führen langfristig zum Zusammenbruch eines Systems. Ein Planet mit endlichen Ressourcen kollabiert unter einer solchen Fuchtel. Die aktuelle Klimaentwicklung und die masslose Über-

ten nichts anderes, als sich diesen scheinbaren wirtschaftlichen Urgesetzen unaufhaltsam zu beugen. Sie stöhnen und jammern unter den Zwängen, denen sie in ihren Entscheidungen ausgesetzt seien. Für ein Denken an Alternativen und in Alternativen bleibt ihnen da keine Zeit.

Die Schrankenlosigkeit, die an sich hinter dem Kapitalismus steckt, treibt ja mittlerweile absonderliche Blüten. Nur noch ein Bruchteil der weltweit umherjagenden Finanzströme dient der Realwirtschaft, alles andere gehört in den

Bereich Spekulation mit einer Unzahl von virtuellen »Produkten«. Die Fachleute durchschauen sie kaum, und die Konsumenten oder Kleinanleger verstehen sie überhaupt nicht. Die internationalen Regelungsinstitutionen rennen diesen Scharlatanerien dauernd hinterher, wie die Feuerwehr dem Brand.

Auch in diesem Bereich ist die Forderung klar: Die Menschen müssen – besser heute als erst in Jahrzehnten – sich auf die Suche nach einer Gleichgewichtswirtschaft mit langfristigen Perspektiven machen. Die herrschende Masslosigkeit im Grossen führt die Masslosigkeit in den Erwartungen des kleinen Mannes mit sich im Gepäck. Er glaubt, auch sein sauer verdientes Geld müsse »arbeiten«.

Ein hilfloser Ausfluss solcher Hoffnung ist der Run zu Lotterien aller Art: Auch sie vermitteln den Eindruck, man könne ohne Schaden für andere reich und sorgenfrei werden. Ein Trugschluss oft nicht nur im einen, sondern gleich im doppelten Sinn.

Mein Zwischenfazit:

- Unser Planet braucht Bewohner, die sich seiner Endlichkeit bewusst sind.
- Eine demokratisch verfasste Gesellschaft verlangt eine Wirtschaft mit minimalen Gerechtigkeitsstandards.

Gerechtigkeit im Wirtschaftlichen muss von unten kommen

Doch wie stehen die Chancen, dass sich eine Entwicklung in der skizzierten Richtung anstossen lässt? In der offiziellen Politik und in der Wirtschaftselite stehen die Chancen schlecht. Alltagspolitik und Feilschen um eigene Vorteile dominieren das Geschäft. Utopien sind nicht gefragt, Grundsätzliches wird kaum oder nur widerwillig diskutiert. Das zeigt sich bei den Volksbegehren gegen Abzocker, für eine Lohnspanne von maximal 1:12, für einen Mindestlohn oder eine nationale Erbschaftssteuer, die bisher sehr oberflächlich ge-

führt wird. Grundsätzliche Fragestellungen sind nicht erwünscht.

In einer TV-Diskussionssendung von SRF 1 ging es vor ein paar Wochen um die grosse Schere zwischen Arm und Reich, unter anderem um exorbitante Managerlöhne. Der landesweit bekannte Unternehmensberater Klaus J. Stöhlker meinte unverhohlen und direkt: »Was die Putzfrau zur Höhe von Managerlöhnen denkt, ist unerheblich.«

Weil die Elite keine Diskussion wünscht, muss – wenn etwas geschehen soll – Bewegung von unten und von aussen kommen. Als ich vor einem Jahr an einer Tagung in Deutschland unsere Bodenrechtsstiftung vorstellte



und über politisch Hängiges in der Schweiz berichtete, machten die Zuhörerinnen und Zuhörer grosse Augen und spitzten ihre Oh-

Perspektiven für die wirtschaftliche und soziale Zukunft eröffnet. Es ist wichtig, dass Exponentinnen und Ex-

»Wenige zentrale Fragen müssen geregelt werden, dann erübrigen sich tausend staatliche Detailinterventionen. Echte Demokratie hat wirtschaftliche Gerechtigkeit zur Voraussetzung.«

ren: »Was, ihr in der Schweiz könnt als Bürger über so Grundsätzliches wie Managergehälter, Lohnschere, Mindestlohn oder Erbschaftssteuer abstimmen?« Das sei ja grossartig, fanden viele. Stimmt eigentlich. Manchmal ist uns selber zu wenig bewusst, was bei uns mit Mehrheiten alles möglich wäre.

Tatsächlich zeigen die aktuellen Volksbegehren, dass heute auch wieder Grundsätzliches aufs Tapet kommt. Wichtig ist es dabei, sich als Bürger in die Diskussionen einzumischen und diese nicht einfach den Plattitüden von Politikern und den Horrorszenarien der Wirtschaftsrosse zu überlassen.

Die Aktivität von Bürgergruppen und Initiativkomitees ist das eine. Daneben gibt es eine unermüdliche Arbeit von Forschern und unabhängigen Köpfen ausserhalb der offiziellen Kanäle. Sie nehmen sich der zentralen

ponenten der verschiedenen Ansätze sich besser vernetzen und miteinander das Gespräch suchen. Es gibt keine einfachen Generalrezepte und Massnahmen, die man einfach so einführen kann. Vielmehr wird auch in diesem Bereich ein Fortschreiten nach dem Prinzip Versuchen und Irren nötig und realistisch ist. Rezepte können heute richtig sein, in 20 oder 30 Jahren gibt es vielleicht noch bessere.

Die künftigen Wegmarken

Wichtig ist, dass die Richtung stimmt, die man einschlägt. Nachfolgend ein paar mir wichtig erscheinende Wegmarken:

- Eine neue globale Ordnung entsteht nicht durch ein paar einfache Regeln. Am Anfang steht eine Bewusstseinsänderung in immer mehr Köpfen. Erst wenn sich genü-

Je egalitärer eine Gesellschaft funktioniert, desto gesünder und zufriedener sind die Menschen, haben Wilkinson & Pickett herausgefunden.

drängenden Fragen an und machen nach ihren Erkenntnissen Vorschläge. Wie lässt sich mehr Gerechtigkeit in die Verteilung wirtschaftlicher Güter bringen? Und wie kann man dem wahnwitzigen Streben nach mehr, mehr, mehr ein Ende bereiten? Ein paar Beispiele von Ansätzen (siehe Kasten).

Es gibt eine wachsende Zahl von Menschen, Initiativen und Organisationen, die sich zu einer nachhaltigen Zukunft von Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt ernsthafte Gedanken machen. Mangelhaft ist bisher die öffentliche Wahrnehmung. In den grossen Medien herrscht der politische Alltag vor: Die Bewegung eines Index an der Wallstreet um ein paar Zehntelprozente von Tag zu Tag erhält mehr Aufmerksamkeit als eine Forschungsarbeit, die neue

gend Menschen eine andere Welt überhaupt vorstellen können, haben Schritte auf sie zu eine Chance.

• Der Kapitalismus ist das System einer Sucht, die Sucht heisst Masslosigkeit. Ihr sind alle Teilnehmer und Nichtteilnehmer des Systems unterworfen.

• Wir leben auf einem Planeten mit endlichen Ressourcen. Unser Verhalten muss diesem Umstand Rechnung tragen und ein natürliches Gleichgewicht suchen, statt die Plünderung bis zum Kollaps zu treiben.

• Die wirtschaftlichen Leistungen auf unserem Planeten sind das Gesamtwerk von Milliarden Erdenbewohnern. Bei der Verteilung der Erträge sind elementare Gebote der Vernunft und der Gerechtigkeit zu beachten.

• Wirtschaftliches Treiben braucht demokratische Kontrolle. Die Gemeinschaft setzt der Einkommens- und Vermögensverteilung durch Regeln einen Rahmen.

• Geld arbeitet nicht. Es sind immer einzelne Menschen, die Leistungen der Gesellschaft oder Opfer der Natur, welche eine Ausweitung des Reichtums bewirken.

• Ein Unternehmen mit Tausenden von Mitarbeitenden ist nie das Werk eines Einzelnen, sondern aller Beteiligten. Diese Tatsache soll ein neues Eigentumsrecht berücksichtigen.

• Wirtschaftlicher Erfolg ist kein Selbstzweck. Die Wirtschaft dient dazu, berechnete Bedürfnisse der Erdenbewohner zu befriedigen. Gewinn um des Gewinns willen ist weder nötig noch sinnvoll.

• Eine neue Eigentumsordnung sucht vernünftige Abgrenzungen zwischen Gemeingütern und privatem Eigentum.

Zum Schluss, als Mutmacher aus dem Munde Martin Luther Kings, eines grossen, tragischen Kämpfers für eine bessere Welt: »Der Bogen des moralischen Universums ist lang, aber er neigt sich zur Gerechtigkeit.«



Heinz Girschweiler

Heinz Girschweiler, JG. 1950, begann als Volksschullehrer und arbeitete dann 30 Jahre lang als Journalist. Heute leitet er das Korrektorat einer Schweizer Tageszeitung. 1984 – 1986 präsierte er die Liberalsozialistische Partei der Schweiz (LSPS). 1986 war er Mitbegründer der NWO-Stiftung Belcampo, welche sich in Theorie und Praxis mit einem neuen Bodenrecht befasst: www.nwo-belcampo.ch. Im Herbst 2013 war die Stiftung Initiatorin des Infonetzwerks Gemeingut Boden, dem bisher ein halbes Dutzend Schweizer Bodenstiftungen angehört. Heinz Girschweiler lebt zusammen mit seiner Frau in der Nähe von Zürich.

Denkansätze zu Wirtschaftsordnung und Eigentum

Beschränkter Eigentumsschutz

Die beiden emeritierten St. Galler Professoren Peter Ulrich und Philipp Mastronardi schlagen einen verfassungsmässigen Schutz nur noch für Eigentum beschränkter Umfangs vor, die Grenze könnte bei 2 Millionen Franken liegen. Sie wollen so die wirtschaftliche Sicherheit der Bürger gewährleisten. Höhere Vermögenswerte gälten nach Mastronardi/Ulrich als Rechte an Kapital. Ihr gesetzlicher Schutz wäre an Auflagen gebunden: Alle am Kapitalbildungsprozess Beteiligten müssten daran teilhaben, das Kapital müsste auf sozial- und umweltgerechte Weise genutzt werden, es dürfte nicht der Verzerrung politischer Prozesse oder zur unsachgemässen Einflussnahme auf amtliche Entscheide dienen. Boden dürfte nur noch Selbstnutzern zum Kauf offenstehen.

Philippe Mastronardi/Peter Ulrich
Eigentum und Freiheit, Tagungsbroschüre vom 28.1.2012

Erhältlich bei der NWO-Stiftung Belcampo.
info@nwo-belcampo.ch

Radikales Gleichheitsprinzip

Der St. Galler Lehrer Peter Sutter fordert in seinem Buch »Zeit für eine andere Welt« die Ablösung des Kapitalismus durch eine neue Ordnung. Sie soll sozial-, global- und zukunftsverträglich sein. Lokale und regionale Selbstversorgung sollen oberstes Primat haben; Luxusbedürfnisse würden erst befriedigt, wenn die weltweite Grundversorgung gesichert ist. Bezüglich Löhnen ist Sutter radikal. Er postuliert die Gleichwertigkeit aller Arbeit. Das Geldwesen soll so ausgestaltet sein, dass das Geld wieder als Tauschmittel dient, ohne als Machtmittel missbraucht werden zu können. Im Übrigen plädiert Sutter für Machtverteilung statt Machtkonzentration: Jeder Punkt der Erdoberfläche ist für den Einzelnen, der dort lebt, die Mitte seiner Welt.

Zeit für eine andere Welt – Warum der Kapitalismus keine Zukunft hat.

Peter Sutter, 2011. Verlag Books on Demand GmbH, Norderstedt D

Gleichheit ist Glück

Zwei englische Wissenschaftler – der Wirtschaftshistoriker Richard Wilkinson und die Gesundheitsforscherin Kate Pickett – haben den Zusammenhang zwischen Reichtumsverteilung und Gesundheit sowie Zufriedenheit der Völker untersucht. In vielen Studien hat sich dabei ein überraschender gemeinsamer Nenner herauskristallisiert: Je egalitärer eine Gesellschaft funktioniert, desto gesünder und zufriedener sind die Menschen. Und zwar sowohl die Reichen als auch die Ar-

men. Zweite, ebenso überraschende Erkenntnis: Das Niveau des Wohlstands spielt bei den Ergebnissen keine signifikante Rolle. Die Befunde waren in Ländern mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen die gleichen wie in den wohlhabenden Staaten. Wilkinson/Picketts Forderung aus ihren Erkenntnissen: Sich für gerechtere Gesellschaften einzusetzen lohnt sich.

Gleichheit ist Glück – Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind
Richard Wilkinson/Kate Pickett
Tolketmitt-Verlag, Alexanderstr. 7, D-10178 Berlin (4. Auflage 2012)

Genossenschaften fördern

Hans Kissling, der ehemalige Chef des Statistischen Amtes des Kantons Zürich, kommt in seiner Schrift »Reichtum ohne Leistung« zum Schluss, die Schweiz feudalisiere sich in den letzten Jahrzehnten. Er schlägt vier Massnahmen zur Umkehrung dieses Trends vor:

1 Einführung einer Erbschafts- und Schenkungssteuer im Bund zur Abschwächung der Vererbung des Geldadels.

2 Verwendung des Ertrags aus dieser Steuer zur Senkung der Steuern bei kleinen und mittleren Einkommen.

3 Förderung demokratischer Eigentumsformen wie Genossenschaften und gemeinnützige Stiftungen.

4 Investitionen zur Förderung der Chancengleichheit sozial Benachteiligter.

Reichtum ohne Leistung – Die Feudalisierung der Schweiz

Rüegger Verlag Zürich/Chur 2008

ISBN 978-3-7253-0902-3

Freiheit statt Kapitalismus

Die deutsche Linke Sahra Wagenknecht entwirft in ihrem Buch »Freiheit statt Kapitalismus« die Vision von einer neu organisierten, nachkapitalistischen Wirtschaft. Unternehmen ab einer bestimmten Grösse dürften nicht länger reines Privateigentum sein. Vielmehr wären neben den Eigentümern auch die Mitarbeitenden sowie die öffentliche Hand (Gemeinde, Stadt) in die Leitung und die Gewinnverteilung einzubeziehen.

Freiheit statt Kapitalismus

Sahra Wagenknecht, Verlag Eichhorn, Frankfurt am Main, 2011

ISBN 978-3-8218-6546-1

Ressourcen in die öffentliche Hand

Die INWO und die NWO-Stiftung Belcampo fordern die Rückgabe der natürlichen Ressourcen in die Hand der Öffentlichkeit. Der Rückkauf des Bodens durch die Gemeinden würde langfristig Milliarden an privaten Spekulationsgeldern den öffentlichen Haushalten zuführen und so die Vermögensschere lindern helfen.

Analog dazu schlagen INWO und MoMo Reformen der Geldordnung vor, welche den Cha-

rakter des Geldes als Tauschmittel stärken und dessen spekulativen Missbrauch verhindern sollen.

Eigentum und Freiheit (Bezug s. oben)



Eine Nutzungsgebühr an die Allgemeinheit, statt Pacht an den privaten Bodeneigentümer – das würde die Zukunft aller Kinder verbessern.

Mindestlohn

Die Initiative der Schweizer Gewerkschaften für einen Mindestlohn von 4000 Franken würde bei Annahme das Anheben der untersten Lohnkategorien bringen.

Bedingungsloses Grundeinkommen

Eine eben eingereichte Volksinitiative fordert ein Grundeinkommen für alle. Die Rede ist von 2500 Franken für Erwachsene sowie 625 Franken pro Kind. Zu bezahlen wäre es aus den Töpfen unserer diversen Sozialwerke sowie allenfalls durch zusätzliche Mehrwertsteuerprozente.

Modernisierter Kapitalismus

SRF-Generaldirektor Roger de Weck schreibt in seiner Streitschrift »Nach der Krise« von einem Kapitalismus in Nöten. Der Markt sei zum Selbstzweck geworden und brauche einen starken Rahmen. Er fordert mehr Kooperation statt Konkurrenz, politische Weitsicht und Einsicht in die Notwendigkeit eines Ausgleichs der Interessen zwischen Nord und Süd. Die Staatengemeinschaft müsse lebensnotwendige Ressourcen mit einem Preis versehen. Schliesslich fordert er eine Weltwirtschafts- und -währungspolitik.

Nach der Krise – Gibt es einen andern Kapitalismus?

Nagel & Kimche im Verlag Hanser 2009

ISBN 978-3-312-00454-6